

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Vorwort zur 3. Auflage .....	IX
Vorwort zur 2. Auflage .....	XI
Vorwort zur 1. Auflage .....	XIII
Verzeichnis der Schaubilder .....	XXIII
Abkürzungsverzeichnis .....	XXV
Literatur- und Quellenverzeichnis .....	XLI
<b>1. Teil. Strafanwendungsrecht .....</b>	<b>1</b>
<b>§ 1. Einführung .....</b>	<b>1</b>
A. Begriff und Gegenstand .....	1
B. Bezüge zum Allgemeinen Teil .....	3
I. Verbrechensaufbau .....	4
II. Nullum crimen sine lege .....	6
III. Zeit und Ort der Tat .....	7
IV. Tatbegriff .....	13
V. Tat, Täter und Teilnehmer .....	14
C. Schutzbereich der deutschen Tatbestände .....	15
I. Kollektivrechtsgüter .....	17
II. Individualrechtsgüter .....	19
D. Interlokales Strafrecht .....	21
<b>§ 2. Die völkerrechtlichen Grundlagen nationaler Strafgewalt .....</b>	<b>24</b>
A. Völkerrechtlicher Nichteinmischungsgrundsatz .....	24
B. Legitimierender völkerrechtlicher Anknüpfungspunkt .....	26
C. Konfliktlösung durch Abwägung der betroffenen Interessen .....	27
<b>§ 3. Die legitimierenden Anknüpfungspunkte im Einzelnen .....</b>	<b>29</b>
A. Territorialitätsgrundsatz .....	31
I. (Völkerrechtliche) Grundlagen .....	31
II. Die deutsche Rechtslage .....	33
B. Durchbrechungen des Territorialitätsprinzips .....	39
I. Flaggenprinzip .....	40
1. (Völkerrechtliche) Grundlagen .....	40
2. Die deutsche Rechtslage .....	41
II. Aktiver Personalitätsgrundsatz .....	44
1. (Völkerrechtliche) Grundlagen .....	45
a) Absolutes aktives Personalitätsprinzip .....	45
b) Eingeschränktes aktives Personalitätsprinzip .....	46
c) Domizilprinzip .....	46
d) Sitzprinzip .....	47
2. Die deutsche Rechtslage .....	47
a) Auslandstat .....	48
b) Der Begriff des Deutschen .....	48

c) Die identische Tatortnorm ( <i>lex loci</i> ) . . . . .	49
d) Verzicht auf eine identische Tatortnorm . . . . .	53
III. Schutzgrundsatz . . . . .	56
1. (Völkerrechtliche) Grundlagen . . . . .	56
a) Realprinzip . . . . .	57
b) Passives Personalitätsprinzip . . . . .	57
2. Die deutsche Rechtslage . . . . .	59
a) Erfordernis einer identischen Tatortnorm ( <i>lex loci</i> ) . . . . .	59
b) Verzicht auf eine identische Tatortnorm . . . . .	60
IV. Weltrechtsprinzip (WRP) . . . . .	64
1. (Völkerrechtliche) Grundlagen . . . . .	64
2. Die deutsche Rechtslage . . . . .	69
V. Grundsatz der stellvertretenden Strafrechtspflege . . . . .	80
1. (Völkerrechtliche) Grundlagen . . . . .	80
2. Die deutsche Rechtslage . . . . .	82
VI. Kompetenzverteilungsprinzip . . . . .	86
VII. Exkurs: § 129b Abs. 1 S. 2 StGB . . . . .	87
 <b>§ 4. Jurisdiktionskonflikte</b> . . . . .	88
A. Mehrere innerstaatliche Anknüpfungspunkte eines Staates . . . . .	88
B. Jurisdiktionskonflikt i. w. S. und <i>ne bis in idem</i> . . . . .	89
C. Lösung von Jurisdiktionskonflikten . . . . .	91
I. Ausgangspunkt: Mehrfache staatliche Strafgewalt . . . . .	91
II. Hierarchie der Anknüpfungspunkte . . . . .	91
 <b>2. Teil. Völkerstrafrecht</b> . . . . .	100
 <b>§ 5. Begriff, Gegenstand und Quellen des Völkerstrafrechts</b> . . . . .	100
A. Begriff und Gegenstand . . . . .	100
B. Quellen und Auslegungsmethoden . . . . .	106
 <b>§ 6. Der Weg zu einem ständigen IStGH: von Versailles nach Den Haag</b> . . . . .	113
A. Einleitung . . . . .	115
B. Die Nürnberger Grundsätze als völkerstrafrechtliches Ergebnis der Nachkriegsjustiz . . . . .	116
C. Die Entwicklung des Völkerstrafrechts bis zur Gründung der UN-Ad-hoc-Tribunale . . . . .	117
I. Die Genozidkonvention . . . . .	117
II. Haager und Genfer Recht . . . . .	119
D. Die UN-Ad-hoc-Tribunale . . . . .	124
I. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien	124
II. Der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda . . . . .	128
III. Der International Residual Mechanism . . . . .	130
E. Der Ständige Internationale Strafgerichtshof . . . . .	130
I. Verhandlungsgeschichte . . . . .	130
II. Das Statut und die sonstigen Rechtgrundlagen: Ein Überblick . . . . .	132
III. Die erste Überprüfungskonferenz in Kampala . . . . .	140
IV. Die nationale Umsetzung („implementation“) des IStGH-Statuts	141

F. Die nationale Umsetzung des IStGH-Statuts in Deutschland: VStGB und IStGHG .....	144
G. Die „gemischten“ Tribunale .....	146
I. Grundlagen .....	146
II. Vergleichende Betrachtung .....	156
<b>§ 7. Das materielle Völkerstrafrecht .....</b>	<b>160</b>
A. Der „Allgemeine Teil“: Die völkerstrafrechtliche Zurechnungslehre .....	160
I. Vorbemerkungen .....	162
II. Allgemeine Grundsätze .....	165
III. Völkerstrafrechtliche Zurechnung und individuelle Verantwortlichkeit .....	168
IV. Täterschaft .....	173
1. Unmittelbare Allein- oder Einzeltäterschaft .....	174
2. Mittäterschaft .....	175
3. Mittelbare Täterschaft .....	177
4. Joint Criminal Enterprise .....	183
V. Teilnahme .....	191
1. Beihilfe .....	192
2. Die Anstiftung als Grundform des Veranlassens fremder Straftaten .....	196
VI. Vorgesetztenverantwortlichkeit .....	201
VII. Subjektive Voraussetzungen individueller Verantwortlichkeit .....	211
VIII. Versuch .....	215
IX. Straffreistellungsgründe („defences“) .....	217
1. Allgemeines .....	218
2. Schuldunfähigkeit wegen seelischer Störung (Art. 31 Abs. 1 (a)) oder Rauschzustandes (Art. 31 Abs. 1 (b)) .....	221
3. Notwehr (Art. 31 Abs. 1 (c)) .....	223
4. Handeln auf Befehl (Art. 33) .....	224
5. Notstand, insbesondere Nötigungsnotstand (Art. 31 Abs. 1 (d)) .....	229
6. Irrtum (Art. 32) .....	232
7. Immunitäten (Art. 27) .....	235
8. Amnestien, Begnadigungen und sonstiger Strafverzicht .....	243
B. Der „Besondere Teil“: Die völkerstrafrechtlichen Verbrechen .....	246
I. Genozid .....	251
1. Begriff und geschützte Rechtsgüter .....	252
2. Objektiver Tatbestand ( <i>actus reus</i> ) .....	255
a) Die geschützten Personengruppen .....	255
b) Die einzelnen Tathandlungen .....	257
c) Begehungszusammenhang bei Genozid? .....	262
3. Subjektiver Tatbestand ( <i>mens rea</i> ) .....	264
a) Allgemeiner Vorsatz .....	264
b) Das besonderes Absichtserfordernis .....	266
II. Verbrechen gegen die Menschlichkeit .....	277
1. Begriff und geschützte Rechtsgüter .....	278
2. Die Entwicklung des sog. Kontextelementes von Nürnberg nach Rom .....	280

3. Kontextelement, Begehungszusammenhang, Gesamtat i. S. v.	
Art. 7 .....	284
a) Ausgedehnter oder systematischer Angriff .....	284
b) Gerichtet gegen eine beliebige Zivilbevölkerung .....	289
c) Der Zusammenhang zwischen Einzeltaten und Gesamtat ..	291
d) Subjektiver Tatbestand ( <i>mens rea</i> ) .....	293
4. Die Einzeltaten .....	295
a) Der subjektive Tatbestand .....	295
b) Die (objektiven) Einzeltaten .....	295
III. Kriegsverbrechen .....	309
1. Begriff und geschützte Rechtsgüter .....	309
2. Art. 8 IStGH-Statut .....	310
a) Struktur .....	310
b) Vorliegen eines bewaffneten Konflikts .....	312
c) „Internationalisierung“ eines bewaffneten Konflikts ..	316
d) Die Beziehung zwischen dem bewaffneten Konflikt und den Einzeltaten, insbesondere in subjektiver Hinsicht ..	318
e) Geschützte Personen und Objekte .....	319
3. Die Einzeltaten .....	323
a) Allgemeines .....	323
b) Internationale vs. nicht-internationale Einzeltaten .....	324
c) Tatbestandliche Ausgestaltung der Kriegsverbrechen ..	326
IV. Das Verbrechen der Aggression nach Kampala .....	330
1. Einleitung .....	330
2. Der Kampala-Kompromiss .....	332
a) Die tatbestandliche Definition .....	332
b) Die Ausübung der Gerichtsbarkeit .....	335
3. Fazit .....	340
V. „Völkervertragsgestützte Delikte“ („treaty based crimes“) .....	340
VI. Rechtspflegedelikte .....	342
VII. Strafen und Strafzumessung .....	345
 <b>§ 8. Das Völkerstrafprozessrecht und die strafrechtliche Zusammenarbeit .....</b>	348
A. Zuständigkeits- und Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	354
I. Die Zuständigkeit des IStGH .....	354
II. Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	360
B. Das Strafverfahren vor den Tribunalen (ICTY, ICTR, IStGH) .....	367
I. Vorverfahren .....	367
1. Vorermittlungsverfahren („preliminary examinations“) ..	368
2. (Förmliches) Ermittlungsverfahren .....	370
3. Zwischenverfahren .....	376
II. Hauptverfahren .....	387
1. Beginn der Hauptverhandlung .....	388
2. Guilty Plea .....	390
3. Beweisregeln .....	392
4. Das Urteil .....	401
5. (Sonstige) Rechte der Verfahrensbeteiligten .....	402

III. Rechtsmittel .....	409
IV. Zusammenfassende Bewertung .....	412
C. Die strafrechtliche Zusammenarbeit .....	413
I. Durchsetzung des Völkerstrafrechts, vertikale Zusammenarbeit und Kooperationspflicht .....	414
II. Die Zusammenarbeitsregelungen .....	417
1. Allgemeines .....	417
2. Überstellung und vorläufige Festnahme .....	420
3. Sonstige Rechtshilfe .....	428
4. Vollstreckung von Strafen und Anordnungen .....	432
<b>3. Teil. Europäisches Strafrecht .....</b>	<b>437</b>
<b>§ 9. Einführung: Begriff und Gegenstand des europäischen Strafrechts .....</b>	<b>437</b>
A. Vorbemerkung .....	438
B. Der Begriff des Europäischen Strafrechts .....	444
I. Supranationale Strafrechtsetzung .....	445
1. Grundlagen .....	445
2. Art. 325 AEUV als Ermächtigung zu kriminalstrafrechtlicher Rechtsetzung .....	447
3. Weitere Kompetenznormen .....	448
II. Europäisiertes nationales Recht .....	449
1. Im Rahmen des Europarats .....	449
2. Im Rahmen der EU .....	449
a) Grundlagen, insbesondere Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung .....	449
b) Formen und Techniken der Einflussnahme .....	451
C. Quellen des Europäischen Strafrechts .....	451
<b>§ 10. Grundrechtsschutz in Europa .....</b>	<b>456</b>
A. Einführung, insbesondere Verhältnis EU/EMRK .....	459
B. Grundrechtsschutz im Rahmen des Europarats (EMRK) .....	465
I. Der Europarat .....	465
II. Die EMRK und das Strafrecht .....	466
1. Vorbemerkung: EMKR und EGMR, insbesondere Bindungswirkung der Entscheidungen .....	466
2. Die strafrechtlich relevanten Gewährleistungen der EMRK ..	469
a) Art. 6: Fair trial, Waffengleichheit und einzelne Verfahrensrechte .....	470
b) Sonstige verfahrensbezogene Rechte .....	493
c) Materiellstrafrechtliche Gewährleistungen .....	509
C. Grundrechtsschutz durch die EU .....	524
I. Bemühungen zum Grundrechtsschutz auf EU-Ebene .....	524
1. Vorschlag der Kommission für einen Rahmenbeschluss über Verfahrensrechte .....	525
2. Das Stockholmer Programm und seine Umsetzung .....	525
II. Die Gewährleistungen der Grundrechtecharta .....	528

1. Grundlagen, insbesondere: Bindungswirkung der GRCh . . . . .	528
2. Die strafrechtlich relevanten Garantien im Einzelnen . . . . .	531
a) Justizielle Rechte . . . . .	531
b) Materiellstrafrechtliche Garantien . . . . .	532
III. Inbesondere: Europäisches Doppelverfolgungsverbot . . . . .	533
1. Rechtsgrundlagen (Art. 50 GRCh, Art. 54 SDÜ, Art. 4 ZP VII EMRK) . . . . .	534
2. Art. 54 SDÜ . . . . .	534
a) Einführung . . . . .	534
b) Die rechtskräftige Aburteilung i. S. v. Art. 54 SDÜ . . . . .	536
c) Dieselbe Tat i. S. v. Art. 54 SDÜ . . . . .	543
d) Die „Vollstreckungskomponente“ . . . . .	546
<b>§ 11. Europäisiertes materielles Strafrecht im weiteren Sinne (Europarat und EU)</b> . . . . .	550
A. Abkommen des Europarats . . . . .	552
B. Strafrechtsangleichung in der Union . . . . .	555
I. Allgemeines . . . . .	555
II. Bereiche der Strafrechtsangleichung . . . . .	560
C. Beeinflussung durch primäres und sekundäres Unionsrecht . . . . .	565
I. Verweisung des Unionsrechts auf das nationale Recht („Assimilierung“) . . . . .	566
II. Verweisung des nationalen auf das Unionsrecht . . . . .	569
III. Harmonisierung durch Richtlinien . . . . .	574
IV. Harmonisierung bzw. Assimilierung auf Grund sonstiger Prinzipien (Loyalitätsgebot, Anwendungsvorrang des Unionsrechts, unionsrechtskonforme Auslegung) . . . . .	577
1. Das Loyalitätsgebot bzw. der Grundsatz der Unionstreue (Art. 4 Abs. 3 EUV) . . . . .	577
2. Anwendungsvorrang des Unionsrechts . . . . .	579
3. Unionsrechtskonforme Auslegung . . . . .	582
<b>§ 12. Verfahrensrecht: Justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit</b> . . . . .	588
A. Grundlagen . . . . .	590
B. Angleichung des Verfahrensrechts . . . . .	594
C. Rechtshilfe . . . . .	596
I. Vorbemerkung: Von der klassischen vertragsgestützten Rechtshilfe zur exekutivischen Rechtshilfe auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung . . . . .	596
II. Auslieferung und Übergabe . . . . .	600
1. Auslieferung (EuAlÜbk und EU-AuslÜbk) . . . . .	600
a) Vorbemerkung . . . . .	601
b) Das Europäische Auslieferungsübereinkommen (EuAlÜbk) .	602
c) Schengen (SDÜ) . . . . .	605
d) Das EU-Auslieferungsübereinkommen (EU-AuslÜbk) und andere EU-Abkommen . . . . .	607
e) EMRK und Zusatzprotokolle als Auslieferungshindernisse	609
2. Übergabe (Europäischer Haftbefehl) . . . . .	613

a) Die europäischen Vorgaben . . . . .	614
b) Die nationale Umsetzung: Vom EuHbG I zum EuHbG II	620
c) Das problematische Urteil des BVerfG und seine Umsetzung durch das EuHbG II . . . . .	625
d) Prüfung der Auslieferung aufgrund des EuHbG II (§§ 78ff. IRG) . . . . .	630
III. Sonstige (kleine) Rechtshilfe, insbesondere grenzüberschreitende Beweiserlangung . . . . .	632
1. Vorbemerkung . . . . .	632
2. Europäische Rechtshilfeabkommen . . . . .	633
3. Beweiserlangung: von traditioneller Rechtshilfe zu gegenseitiger Anerkennung . . . . .	634
a) Sicherstellung von Vermögensgegenständen oder Beweismitteln . . . . .	634
b) Europäische Beweisanordnung . . . . .	634
c) Vom Grünbuch „Erlangung verwertbarer Beweise in Strafsachen aus einem anderen Mitgliedstaat“ zur Europäischen Ermittlungsanordnung . . . . .	636
IV. Vollstreckungshilfe . . . . .	639
1. Überstellungs- und Vollstreckungsabkommen . . . . .	639
2. Instrumente auf der Grundlage gegenseitiger Anerkennung .	640
<b>§ 13. Institutionalisierung . . . . .</b>	<b>644</b>
A. UCLAF/OLAF . . . . .	645
B. Europol . . . . .	648
C. Eurojust . . . . .	655
D. Schaffung einer Europäischen Staatsanwaltschaft . . . . .	660
<b>Rechtsprechungsverzeichnis . . . . .</b>	<b>667</b>
<b>Sachverzeichnis . . . . .</b>	<b>689</b>